

Denkpause und Neustart für ein zukunftsfähiges Landesentwicklungsprogramm

BUND NATURSCHUTZ FORDERT IN EINEM OFFENEN BRIEF AN MINISTERPRÄSIDENT SEEHOFFER DEN NEUSTART FÜR DAS LANDESENTWICKLUNGSPROGRAMM

Der BUND Naturschutz fordert in einem Offenen Brief Ministerpräsident Horst Seehofer, Wirtschaftsminister Martin Zeil sowie die Vorsitzenden der CSU- und FDP-Fraktionen im Bayerischen Landtag auf, einen Neustart für die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern vorzunehmen:

Nachfolgend der Text des Briefes an Ministerpräsident Horst Seehofer:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die "Vision eines nachhaltigen Bayern 2025", welche mit einem neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP) umgesetzt werden sollte, ist mit dem vom Kabinett beschlossenen LEP-Entwurf keinesfalls zu erreichen. Der Entwurf ist keine Lösung für die drängenden Aufgaben zum Schutz der Lebensgrundlagen und damit der Basis jeglicher ökonomischen und sozialen Entwicklung für ein zukunftsfähiges Bayern.

Bayern darf sein Gesicht nicht völlig verlieren. Wir halten daher eine Denkpause und einen Neustart für das Landesentwicklungsprogramm als wichtige Richtschnur der zukünftigen Landesentwicklung in Bayern für zwingend erforderlich, um den tatsächlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 22. April 2013

PM 041-13/LFG

Umweltpolitik

Angesichts des weiterhin fortschreitenden Naturverlustes, des dramatisch hohen Flächenverbrauchs in Bayern und eines zwischen den Kommunen unabgestimmten "Wettkampfes" um neue Gewerbe- und Siedlungsflächen oder der Erfordernisse des vorsorgenden Klima- und Hochwasserschutzes wäre stattdessen eine bessere überregionale Abstimmung und Lenkung durch das LEP dringend erforderlich.

Wir bitten Sie daher eindringlich, den Entwurf des Landesentwicklungsprogramms in der vorliegenden Fassung zu stoppen und damit aus den vielen Stellungnahmen aus der Zivilgesellschaft sowie der Anhörung der Experten im bayerischen Landtag die Konsequenzen zu ziehen.

Bayerns Kulturlandschaft und die Innenbereiche von Städten und Dörfern müssen besser geschützt werden und dürfen nicht noch stärker durch Deregulierung ihr Gesicht verlieren. Dem weiteren Flächenverbrauch, der Zersiedelung sowie einer "Amerikanisierung" Bayerns darf nicht weiter Vorschub geleistet werden.

Bei der Expertenanhörung im Landtag haben die große Mehrheit der Verbände und Akademien ebenso wie der Bayerische Städtetag harte Kritik an der fehlenden Beteiligung der Bevölkerung und dem Abbau von staatlicher Steuerung geübt. Statt Leitplanken für eine zukunftsfähige Landesentwicklung, eine ökologische Energie- und Verkehrswende und den Stopp des Flächenverbrauchs durchzusetzen, sollen u.a. mit der Aufweichung des "Anbindegebots" die letzten Hürden für Flächen fressende Verkehrsprojekte und Supermärkte auf der "grünen Wiese" beseitigt werden. Damit würde gerade die Nahversorgung im ländlichen Raum massiv bedroht und viele Handwerksbetriebe wie Bäcker und Metzger - und damit die in Bayern noch vorhandenen mittelständischen Strukturen - weiter ausbluten.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 22. April 2013

PM 041-13/LFG

Umweltpolitik

Die Aktualisierung des LEP stand ganz unter dem Motto "Deregulierung" und Schaffung neuer Spielräume für die Kommunen. Doch gerade ein Land wie Bayern mit einem stark wachsenden Ballungsraum München aber auch vielen schrumpfenden Regionen wie beispielsweise in Nordbayern braucht eine geordnete Landesentwicklung. Die fatalen Folgen des Abbaus der überregionalen Vorgaben haben schon in den letzten Jahren zu schlimmen Fehlentwicklungen geführt.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Ausnahmen sollen im vom Kabinett beschlossenen LEP-Entwurf Autobahnanschlussstellen und deren Zubringerstraßen sowie vierspurige Bundesstraßen noch leichter für Gewerbebetriebe und den Handel als Standort geöffnet werden. Es ist zu befürchten, dass Arbeitsplätze damit noch stärker aus den Städten und Dörfern an Standorte entlang von großen Straßen abwandern. Arbeitsplätze müssten stattdessen an bestehenden Siedlungsschwerpunkten und an Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs angesiedelt werden.

Ein früherer Entwurf sah zudem strengere Regelungen für Neubaugebiete vor. Vor der Ausweisung eines Neubaugebiets sollten die Kommunen nachweisen, dass Potenziale der Innenentwicklung nicht zur Verfügung stehen. Es ist unvertretbar, wenn nun die letzten Brandmauern gegen die Zersiedelung und hemmungslosen Flächenverbrauch geschleift werden.

Der LEP-Entwurf verstößt zudem auch gegen europarechtlich verbindliche Prüfungsbestimmungen. Zwar hat man den formalen Fehler einer nötigen Prüfung der Verträglichkeit mit dem Schutz europäischer Schutzgebiete erkannt, diese dann aber nur kurz und ohne Bezug auf die konkreten Auswirkungen der vielen Planungen des LEP durchgeführt. Nur die 3. Startbahn

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 22. April 2013

PM 041-13/LFG

Umweltpolitik

und der Donauausbau werden konkret erwähnt, aber ebenso ohne eigene Prüfung. Die Neuaufnahme eines verbindlichen Zieles für den Bau einer 3. Start- und Landebahn am Flughafen München trotz eines entgegenstehenden Bürgerentscheides in München ist darüber hinaus für den BUND Naturschutz nicht hinnehmbar.

Für ein Gespräch zu dieser Thematik stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hubert Weiger
Landesvorsitzender

Richard Mergner
Landesbeauftragter

Für Rückfragen:
Richard Mergner, BN-Landesbeauftragter,
Tel.: 0911/8187815 oder 0171-6394370

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 22. April 2013

PM 041-13/LFG

Umweltpolitik